

SPD will Planungen stoppen

Nach Sany-Rückzieher sei Mühlenerft-Erweiterung "nicht nötig"

Von AHIM GRAF

Bedburg. Die Bedburger SPD fordert die Einstellung der Erweiterungsplanung für das Gewerbegebiet Mühlenerft. Hintergrund für die Kehrtwende sind Äußerungen des technischen Direktors von Sany in der Rundschau vom Mittwoch, dass die Option des Unternehmens auf eine knapp 20 Hektar große Erweiterungsfläche abgelaufen sei. Dies zuerst aus der Zeitung zu erfahren, sorgt bei der Partei für gehörig Verstimmung.

Eigentlich war man sich nach heftigen Protesten aus Alt-Kaster im November in den großen Fraktionen einig geworden, eine im Zuschnitt veränderte Erweiterungsfläche von 6,5 Hektar an das bestehende Areal anzudocken. "Aus Sicht der SPD gibt es dafür nun keine Notwendigkeit mehr", sagt SPD-Fraktionschefin Heike Steinhäuser. Zum einen sei RWE bereits dabei, das bislang für Sany reservierte Areal zu vermarkten. Zum anderen gebe es nicht veräußerte Gebiete in der Mühlenerft, also "aktuell ausreichend Gewerbefläche".

In einem Antrag für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Dienstag, 29. Januar, will die SPD im Gegenzug Auskunft über Möglichkeiten eines neuen Industriegebietes westlich des Autobahnanschlusses A 61. Diese Alternative war in der Sitzungsvorlage im November von der Verwaltung als "überschlägig betrachtete Alternative" aufgeführt - und gleich wieder relativiert worden: Hierfür wäre eine Ausweisung zusätzlicher Industrieflächen im Regionalplan notwendig, womit sich die Bezirksregierung aktuell sehr zurückhält.

Dies ist der Grund, warum die Freien Wähler trotz 20 Hektar extra nicht bereit sind, "den mühsam gefundenen Kompromiss zu kippen", wie deren Vorsitzender Leonhard Köhlen sagt. Da es nach Auskunft der Bezirksregierung keine Eile bei der Entwicklung gebe, plädiere man aber dafür, das Verfahren erst einmal ruhen zu lassen. Bei der CDU hält man selbst dies für "sehr riskant", so Fraktionschef Georg Kippels. "Wenn wir jetzt nichts anmelden, könnte das mit künftigen Ansprüchen kritisch werden." Die Erweiterung zu beschließen tue laut Kippels keinem weh. "Deswegen steht ja nicht morgen der Bagger auf dem Feld."

Dies glaubt auch Grünen-Vetreter Michael Zöphel. "Wenn wir die Fläche jetzt nicht ausweisen, verfällt sie", sagt er. Und für FDP-Parteichef Harald Reuter ist die Mühlenerft ein für die Stadt wichtiges Industriegebiet, das man weiter zum Erfolg führen wolle. Er geht daher ebenso davon aus, "dass wir die Fläche brauchen".

Damit liegt er auf der Linie des Bürgermeisters, der ausrichten lässt,

"dass Unternehmensansiedlungen heute nur dann vollzogen werden, wenn am Standort Expansionsmöglichkeiten gegeben sind". Daher stelle sich die Frage, ob die Optionsfläche zunächst trotzdem weiter für Sany vorgehalten werden sollte. Denn das Unternehmen, so Koerdt, sei derzeit nur nicht mehr bereit, dafür Geld auszugeben.

Hat Gunnar Koerdt "Herrschaftswissen zurückgehalten"?

Dass Sany grundsätzlich weiter als Investor in Frage kommt, bestätigt RWE-Power-Sprecherin Laura Hoeboer. Lediglich sei zum Jahreswechsel die bindende Optionsvereinbarung ausgelaufen. Der Arbeitskreis Alt-Kaster sieht sich in nun in seinem Bestreben bestärkt, wie Vorsitzende Hilde Holz sagt. Gegenüber dem Aktionsbündnis "generation bedburg", das seit Dezember gegen die Erweiterung kämpft und in der Entwicklung "einen Big Point" sieht, wie Sprecherin Gabriela Leibl es ausdrückt, hatte Gunnar Koerdt den Optionsverfall bereits im Vorjahr offenbar angedeutet.

Nicht aber gegenüber der Kommunalpolitik. Leonhard Köhlen, Georg Kippels, beide sprechen lediglich von Gerüchten. Auch kein Wort des Bürgermeisters zum Thema beim Neujahrsempfang, wie Heike Steinhäuser kritisiert. "Er wusste das und hat die Stadt nicht informiert", empört sie sich. "Hier wurde Herrschaftswissen zurückgehalten, das gehört sich nicht."